

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

23.9.1925 (No. 220)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung Nr. 14.
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.—, Grotmarc (einschließlich Zustellgebühr). — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiedererhebungen tarifrester Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verurteilung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckstücke und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Herbstprüfung der Referendare

Die diesjährige Herbstprüfung der Referendare wird im November beginnen. Anmeldungen zu dieser Prüfung sind noch im Laufe des Monats September beim Justizministerium einzureichen.

Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden

Man legt das Buch des badischen Innenministers Adam Kemmele mit zweifachen Empfindungen ans Herz: einmal, mit der erstaunten Frage — wie ist es möglich, daß man all das Bunte, Wirre und gefährliche Geschehen des letzten Jahrzehntes fast schon wieder vergehen hat? und zweitens, mit der Überzeugung, daß die politische Linie der staatlichen Entwicklung, die hier Kemmele aufzeichnet, das einzig historisch Mögliche war, um Staat und Gesellschaft ohne allzuleise, vielleicht gar vernichtende Erschütterung aus der Katastrophe des Abendlandes herauszuführen.

Und aus diesen zwei Überlegungen ergeben sich eine Reihe von kritischen Feststellungen, die durchaus nicht anhänglich an dieses Buch angeschlossen werden sollen, sondern die mit dem politischen Willen und der nationalen Verantwortung von Schrift und Verfasser zutiefst zusammenhängen.

Wir wollen mit dem zweiten beginnen. Es klingt wie das Thema einer Symphonie immer wieder aus all den oft-turbulenten und lärmenden Disharmonien der Entwicklung der Zeitgedanke heraus: alle politische Entwicklung der Jahre 1910 bis 1925 — und im Grunde auch der Jahre vorher und nachher — ist bestimmt durch den Gedanken der Demokratie; des demokratischen Staates, des demokratischen Parlamentarismus, der Republik, der modernen Gesellschaft, die freilich nicht mehr rein kapitalistisch erscheint, sondern in der nicht mehr nur als Opposition, sondern als positive, staatspolitisch wirksame historische Kraft der sozialistische Gedanke des Proletariats erscheint. Demokratie aber bedeutet: Anteilnahme aller an Staat — positive Einstellung und Einfügung aller Volksschichten in die Staatsnotwendigkeiten.

Diese Richtung politischer Entwicklung gesehen und gewollt zu haben, als sie noch nicht so historisch klar vor aller Augen lag wie heute — und vielleicht liegt sie auch heute noch nicht klar vor aller Augen — darauf seinen politischen Willen und mit ihm die Macht des Staates einzustellen, unbekümmert um die tausend Verführungen einer chaotisch erschütterten Zeit, unbeirrt diesen Weg zu gehen durch die unendlich verschlungenen Kräfte in dem wirren Parallelogramm der Historie der Umwälzung: um damit Staat, Volk, Wirtschaft, Kultur, Zivilisation, Ordnung und Leben der Staatsbürger zu retten vor dem Versinken in ein Chaos spielerischer Verjüngung am sicherlich noch lange untauglichen Objekt — das alles zeigt uns dieses Buch. Gewiß nicht an dem großen Problem Deutschland; nur an dem kleinen Beispiel Baden, wenn auch die naturgemäß gegebenen Beziehungen zwischen Reich und Land in ihrem Schicksal nicht übersehen sind. Aber diese Beschränkung auf den Teilausschnitt tut nichts zur Sache für den, der die Dinge geschichtlicher Entwicklung als grundsätzliche Auseinandersetzungen sieht zwischen den Kräften des Gestern, Heute und Morgen. So gesehen sind die in diesem Buch geschilderten zehn Jahre Krieg, Zusammenbruch, Wirrwarr, Neuaufbau in Baden immerhin ein Spiegelbild des Ganzen und jenes großen Schicksales, das im Grunde nicht nur Deutschland, sondern Europa heißt.

Aber auch schon das kleine Beispiel genügt. Denn alle jene oft feltamen, tiefen und gefährlichen Erschütterungen, aber auch die Hoffnungen und der Beginn des Neuen und schließlich doch einmal Besseren, wie sie uns in der Fülle vergangener Wirklichkeit, bunter und farbiger als in der Phantasie eines Dichters staatspolitischer Utopien, aus dem Buche Kemmeles entgegenstreiten, dies alles ist nahes Schicksal, in erster Linie unserer Heimat, aber nicht nur unserer Heimat; Schicksal, das ja niemals ein fatalistisches Geschehen von außen her sein kann, sondern aus dem Willen stammt derer, die aus der Erkenntnis der geschichtschaffenden Kräfte sich die Macht und ihre Mittel formen, um dem Sinn des Wer-

dens Platz zu machen gegenüber den erstirrenden Gemütern des Vergangenen. Diese geschichtliche Erkenntnis lesen wir hinter den Zeilen der tausend Tatsachen des Buches, das ein Musterbeispiel an klarer, pragmatischer Geschichtsschreibung ist und doch die große Linie politischen Willens in allem, gefaßt und ungefaßt, offenbart.

Es ist nicht die Absicht dieser Zeilen, eine Art Inhaltsangabe dessen zu geben, was im einzelnen in dem Buche ausgeführt ist; das liest man besser in dem Werk selbst. Aber vielleicht ist es doch nützlich, wenigstens in einigen Sätzen einiges davon zu sagen. Kemmele zeigt zunächst, daß vor dem Krieg und im Krieg Verusche zu einer staatspolitischen Neuorientierung in Baden schon vorhanden waren, daß sie aber entweder zu zaghaft unternommen wurden oder überhaupt zu spät kamen. Er schildert dann den Zusammenbruch, den Kampf zwischen demokratischer Regierung und den Arbeiter- und Soldatenräten um die Macht im Staate — eine politische Entwicklungssphase, die nur wenige klar erkannt haben — die Verusche der Regierung, sich über Soldatenräte, Volkswehr, Freiwilligen Bataillonen, Einwohnerverschutz, Hilfspolizei, Bereitschaftspolizei ein zuverlässiges Instrument der Staatsautorität zu schaffen, insbesondere den Bestrebungen gegenüber, die Staatsgewalt durch Rufe von rechts oder links diktatorisch an sich zu reißen; und hier wird jeder vieles finden, was ihm neu ist oder das er hier zuerst in seinem inneren Zusammenhang erkennen kann; dann schildert der Verfasser die großen Gefahren, die aus der wirtschaftlichen Not der Inflationszeit für den Staat aufwuchsen, die Verschlimmerung der Lage des Badischen Landes durch Besetzungen, passiven Widerstand und ihre rechtskonservativen Auswirkungen; gibt dann eine Darstellung des parteipolitischen Kräfteparallelogramms in Baden und damit der politischen Möglichkeiten; spricht zuletzt von seinem persönlichen Werdegang — ein Kapitel, das nicht nur den Politiker, sondern auch den Menschen uns näher bringt — und schließt mit einer sehr dankenswerten Übersicht über die Chefs der inneren Verwaltung im alten Staat (1808 bis 1918), in der er die politischen Verdienste seiner Vorgänger schildert, darüber hinaus aber im Grunde einen Abriss badischer Geschichte des 19. Jahrhunderts gibt.

Sobiel, in knappen Schlagworten, fast registerhaft, über den Aufbau und Inhalt des Buches. Eines wird bei dieser Vektüre mehr und mehr klar: daß wir alle viel zu rasch vergessen, was gestern noch war; und daß wir, eben weil die meisten Menschen zu rasch vergessen, nichts oder zu wenig aus der Geschichte lernen; und weil die meisten nichts daraus lernen, darum auch immer wieder von neuem ratlos dem neuen Geschehen gegenüberstehen. Nicht alle; und wer die zweihundert Seiten dieses inhaltlich ungeheuer kompakten Buches aufmerksam gelesen hat, der weiß, daß gerade in Baden mehr vielleicht als in anderen Ländern der deutschen Republik man von Anfang an wußte, was man wollen durfte und mußte. Der äußere politische Ausdruck dieser Reife führender Persönlichkeiten — und die bescheidene Zurückhaltung, mit der Kemmele hier von sich spricht, schließt ihn sicherlich nicht aus — ist darin zu sehen, daß wir in Baden heute noch die politischen Kräfte an der Leitung des Staates sehen, die am 9. November 1918 die Führung übernahmen. Es war damals keine Selbstverständlichkeit, die Weimarer Koalition lange vor Weimar zu schaffen; den Weg gleich zu geben, zu dem die Entwicklung doch zwang, und der Deutschland, hätte man ihn gleich begangen, vielleicht vieles erspart und heute den republikanischen Gedanken durchgekehrt hätte, wenn man überall die politische Reife dazu gehabt hätte.

Damit wird das Buch Kemmeles eine pädagogische Lektüre; denn diese Darstellung der Geschichte der badischen Staatsumwälzung und des Aufbaues eines republikanischen Baden ist Erziehung zu staatspolitischem republikanischem Denken. Kommt dazu, daß das Buch fast durchgehend bemüht ist, nicht nur nackte Tatsachen zu erzählen, Aktenmaterial etwa in lesbare Form zu bringen, sondern aus der erlebnisnahen Stellung des Verfassers heraus lebendige Geschichtsschreibung wird, anschauliche Historie, die an manchen Stellen zu einer packenden dramatischen Formung gedrängt hat: also ein Buch, das im besten Sinne ein Volksbuch werden sollte. Nicht nur weil es von Baden und dem Geschick des badischen Volkes handelt, sondern weil es ein Stück politischer Aufklärung und Erziehung für jeden badischen Staatsbürger ist. Und es ließe sich denken, daß man etwa auszugswise dieses Buch in allen badischen Schulen einführen könnte — vielleicht mit mehr erzieherischem Nutzen als wenn man bei

der Schulentlassung den Vierzehnjährigen die Weimarer Verfassung in die Hand gibt, deren paragrafenmäßige Formulierungen so unjugendlich wie nur möglich sind. Vielleicht würde sich das der badische Unterrichtsminister einmal überlegen...

Und noch ein anderes zeigt dies Buch. Wie anders schauen auf einmal die „November-Verbrecher“ aus, wenn man sieht, wie schwer, entlagungsreich, verantwortungsvoll, mühselig, undankbar, oft fast bis zum Sinnlosen verzerrt und verkannt die Arbeit war, die zwangsläufig der Regierung gestellt ward! Wie fallen alle die heute so gerne erhobenen Vorwürfe derer in sich zusammen, die damals freilich den Karren in dem Dreck stecken ließen, in den sie ihn durch ihre kurzfristige und eitle Politik hineingepeitscht hatten; die aber heute, nachdem die großen Gefahren beseitigt sind, die allen drohten, wieder so tun als seien sie die Retter des deutschen Volkes! So ist das Buch Kemmeles, obwohl es nur strengste pragmatische Geschichte gibt und von politischen Werturteilen fast ganz absteht, eine Anklage gegen alle diejenigen, die sich gegen die Entwicklung stemmten oder sie überheben wollten.

Hierzu noch ein Wort von grundsätzlicher Bedeutung. An einer Stelle des Buches schreibt Kemmele: „Die geschichtliche Mission des Bürgertums ist noch nicht zu Ende.“ Daß er, der Sozialdemokrat, diesen Satz nicht nur geschrieben, sondern daß er mutig aus dieser historischen Erkenntnis heraus auch politisch so gehandelt hat, davon enthält das Buch Beweise auf jeder Seite. Und die Geschichte wird einmal anerkennen, daß diese Einstellung die richtige war, daß mit ihr gerechtfertigt ist die Führung der Geschichte des badischen Landes durch die Weimarer Koalition. Dieser Satz ist der Schlüssel zum Verständnis nicht nur der politischen Haltung des Buches, sondern auch der bisherigen Politik der badischen Sozialdemokratie ebenso, wie der anderen Träger der Staatsgewalt. Man kann gewiß als Politiker darüber streiten, wie groß oder wie gering diese Mission des Bürgertums noch ist und wie weit die Mission der Arbeiterklasse schon positiv in das staatliche Werden hineinreicht; daß aber diese beiden großen bewegenden ökonomischen Kräfte noch (oder schon) so stark sind, daß heute auf die Dauer eine allein nicht bestimmen kann, das scheint mir auch eine jener Lehren zu sein, die uns dies Buch — ohne es auf jeder Seite zu sagen — gibt.

So haben wir in Kemmeles Darstellung der jüngsten badischen Geschichte eine nach drei Richtungen wertvolle Gabe: einmal zeigt es uns rein tatsachenhaft 20 Jahre Vergehen der alten und erstes stürmisches Werden der neuen Zeit; dann ist es politisches Bekenntnis eines Mannes, der mit Verantwortungsbewußtsein und klarem politischen Blick in der Rettung und Festigung der staatlichen Autorität den Sinn alles Regierens erblickt, und zum dritten bedeutet das Buch ein staatspolitisches Erziehungswerk, zur freudigen und festen Befahrung der republikanisch-demokratischen Idee, unterbaut durch Einsicht in die großen sozialen Notwendigkeiten im modernen Staat.

Diese drei Momente geben dem Buche — sicherlich auch für den, der im einzelnen anderer Ansicht ist — eine Bedeutung, die weit über den gewöhnlich nicht zu unterschätzenden Wert einer rein heimatgeschichtlichen Darstellung geht; das Buch ist über badisches Interesse hinaus ein Stück deutscher Geschichte, geleben durch das kühle Temperament eines vielleicht manchmal allzu rationalistischen Politikers, immer aber eines ehrlichen und energischen Menschen. Und gerade solche Bücher brauchen wir heute mehr denn je. R. G. Haebler.

Zur Frage einer Weltwirtschaftskonferenz

Im Technischen Ausschuss des Völkerverbundes sagte Londeur-Francois, die Welt leide nicht nur unter den Mißständen des Krieges, sondern auch unter der Wirtschaftsorganisation der Vorkriegszeit. Der Krieg habe diese schwierige Lage noch verschlechtert. Das Fehlen einer Regelung der allgemeinen Produktion habe Europa 1914 in den Krieg gestürzt. Dem übermäßigen wirtschaftlichen Individualismus müßten gewisse Fesseln auferlegt werden. Paradox sei die Tatsache, daß die fortschreitende Währungsstabilisierung wirtschaftliche Krisen direkt fördere, wie das Beispiel von Österreich, Ungarn, Deutschland beweise. Von der internationalen Wirtschaftskonferenz könne ein Erfolg nur erwartet werden, wenn alle Völker, also auch Deutschland teilnehmen.

Der Franzose Joubert, Generalsekretär der Gewerkschaften und Vertreter der internationalen Arbeiterkraft, verlangte, daß in das Programm der Konferenz auch die Frage der Ein- und Auswanderung und die Frage der Rohstoffverteilung aufgenommen werden müßte.

Keine Mieterhöhung in Preußen. Laut „Vorwärts“ tritt nach einer Mitteilung des Preussischen Wohnbauministeriums für den Monat Oktober keine Mieterhöhung ein.

* Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden. Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914/24. Verlag G. Braun, Karlsruhe, 1925.

Der Sicherheitspakt

Die Beratungen des Reichskabinetts

Aber die am Dienstag stattgefundenen Verhandlungen des Reichskabinetts zur Vorbereitung der Antwortnote wird berichtet, daß eine Reihe von Erörterungen zur Vorbereitung des Ministerkabinetts am Mittwoch stattfinden. Der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfindende Kabinettsrat ist für Donnerstag in Aussicht genommen. Zu Freitag sind die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen. Der Auswärtige Ausschuss wird am Samstag vormittag um 10 Uhr zusammentreten.

5. Oktober in Locarno?

Wien, 23. Sept. Der „Matin“ sagt in einem offenbar inspirierten Artikel: Das Datum des 5. Oktober als Beginn der Konferenz kann als ungefähr feststehend betrachtet werden. Als Ort der Zusammenkunft kommt Locarno in Frage. An der Konferenz werden teilnehmen die Delegierten von sieben Mächten, nämlich von Frankreich, England, Deutschland und Belgien (und zwar zum Studium des rheinischen Paktens und von Polen und der Tschecho-Slowakei zum Studium der östlichen Schiedsgerichtsverträge) und schließlich von Italien. Diese Konferenz, ob sie gelingt oder scheitert, werde eine neue Etappe in der Geschichte Europas bedeuten.

Die Deutschnationalen und der Sicherheitspakt

Die Berliner Blätter veröffentlichen eine Erklärung der Deutschnationalen Partei über die am Dienstag abgehaltenen Besprechungen des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden. Danach ergab die Aussprache über die großen außenpolitischen Fragen völlige Übereinstimmung über das politische Ziel. Nach einem Referat des Fraktionsvorsitzenden Grafen Westarp wurde folgende Entschlossenheit angenommen: „Partei Vorstand und Landespartei-Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei billigen die Ausführungen, die der Vorsitzende der Partei und der Reichstagsfraktion, sowie Minister Schiele über die programmatische Stellungnahme zur gegenwärtigen außenpolitischen Lage gemacht haben und geben ihre Zustimmung zu der hiernach zu führenden Politik der Reichstagsfraktion.“ Am späteren Abend trat dann noch am Dienstag die deutsch-nationale Reichstagsfraktion zusammen, deren Beratungen jedoch auf heute Mittwoch verlagert wurden.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat heute Mittwoch vormittag ihre Beratungen über den Sicherheitspakt fortgesetzt. Bis zur Mittagssitzung erstattete Graf Westarp, der Vorsitzende der Fraktion einen Bericht über die politische Lage.

Die „Tägliche Rundschau“ betont, daß im Gegensatz zu der bedeutsamen und verantwortungsbewußten Erklärung der Deutschnationalen der Aufruf der Vereinigten Vaterländischen Verbände stehe, in welchem alle Verhandlungen und alle etwaigen Abmachungen von vornherein abgelehnt werden.

Andere Blätter messen den Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ zu dem Aufruf der Vaterländischen Verbände besondere Bedeutung bei, in dem gesagt wird, daß sich politische Politik nicht allein mit noch so berechtigten Stimmungsmomenten machen lasse.

Wie aus Berlin gedruckt wird, wissen heute die „Deutsche Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ mitzuteilen, daß die Deutschnationalen bereit seien, ihre Zustimmung zur Teilnahme Deutschlands an einer Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt zu geben, wenn es sich bei dieser Zusammenkunft nicht um die endgültige Ratifikation, sondern lediglich um eine Ministerbesprechung handle, auf der nach der Klärung der Frage durch die Außenminister erfolgen soll. Die eigentliche Entscheidung solle dann erst auf einer Schlußkonferenz fallen. — Was die Nennung der Kaiserin betrifft, so erinnert die „Tägliche Rundschau“ an die wiederholten Erklärungen des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers, daß ohne diese Nennung kein Abschluß der Verhandlungen denkbar sei. Zur Kriegsschuldfrage sei bereits in dem Völkerbundsmemorandum der deutschen Regierung vom September v. J. das Nötige gesagt worden.

Politische Neuigkeiten

Zum Marokkofriede

Im französischen Ministerrat hat am Dienstag Ministerpräsident Painlevé über die Ereignisse in Marokko Bericht erstattet. „Revue Parisienne“ will folgende Einzelheiten darüber mitteilen können: Painlevé hat zunächst daran erinnert, daß die erste Phase der Operationen in Marokko durch die Einnahme des Oubangis gekrönt worden sei und zwar unter geringen Verlusten für Frankreich, und angekündigt, daß die zweite Offensivphase demnächst beginnen werde. Alles sei darauf wohl vorbereitet und man dürfe voraussetzen, daß die dadurch zu erzielenden Resultate schnell und entscheidend sein würden. Schließlich hat Painlevé mitgeteilt, daß die französischen Behörden täglich neue Unterwerfungsangebote erhielten, u. a. auch von den Beni Bernal, die bisher besonders viel Kämpfer für Abd el Krim gestellt hätten.

Aber eine spanische Niederlage in Marokko berichten die Londoner „Daily News“ aus Madrid, die Spanier hätten bei ihrem ersten Versuch, die Rifstämme von der Küste aus anzugreifen, eine Niederlage erlitten. Am Dienstag morgen hätten die auf der Halbinsel Moro Nuevo stehenden spanischen Streitkräfte die Offensivoffensive durch einen Angriff auf die Stellung der Rifstämme auf dem Malmufiberg. Als die vorrückenden Kolonnen dem Ziele bereits nahe waren, seien sie durch heftiges Artillerie- und Maschinengewehrfeuer überschüttet worden, durch das sie sehr schwere Verluste erlitten. Schließlich seien die Truppen genötigt gewesen, sich auf ihre Stützpunkte zurückzuziehen. — Der Berichterstatter fügt hinzu, Abd el Krim sei zu Friedensverhandlungen bereit. — Auch „Daily Telegraph“ berichtet aus Tanger, in amtlichen Kreisen in Tetuan hege man Besorgnis um die in der Wucht von Cebrilla gelandeten Truppen. Das Gewehr- und Geschützfeuer auf die spanischen Stellungen sei stärker geworden. Jeden Tag treffe ein Hospitalschiff mit Verwundeten in Melilla ein.

Coolidge Stellung zur Entwaffnungsfrage. Der amerikanische Präsident Coolidge brachte die Auffassung zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten an der vom Völkerbund veranstalteten Entwaffnungskonferenz nur dann teilnehmen können, wenn der Kongreß seine Zustimmung erteilt. Coolidge möchte nichts tun, was die Bemühungen um die Einschränkung der Rüstungen im Wege gegenseitiger Vereinbarungen beeinträchtigen könnte, aber er ist nicht geneigt, an der unter den Auspizien des Völkerbundes stattfindenden Entwaffnungskonferenz teilzunehmen, wenn die Möglichkeit besteht, daß der Kongreß sich gegen die Teilnahme ausspricht.

Prinz Seif Eddin in Konstantinopel. Prinz Seif Eddin, der kürzlich aus einem Krankenhaus in England genesen war, ist am Montag in Begleitung zweier Krankenwärter in Konstantinopel angekommen.

Kurze Nachrichten

Die Anschließfrage. Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ sagt: Trotz der zahlreichen Bedenken und Schwierigkeiten ist die Vereinigung Deutschlands mit Österreich die einzige natürliche Lösung, und früher oder später wird man sie ins Auge fassen müssen. Wirtschaftlich würde Deutschland nichts gewinnen, wohl aber in politischer Hinsicht. Die deutsche Republik würde durch eine Vereinigung mit dem demokratisch und antimilitaristisch gesinnten Österreich eher gestärkt als geschwächt werden.

Gegenüber der deutschen Flieger in Japan. Wie das „B. Z.“ hört, hat der deutsche Aero-Klub beschlossen, im nächsten Jahre auf dem Luftwege dem japanischen Volk einen Gegenbesuch abzustatten. — Der für nächstes Jahr in Aussicht genommene Gegenbesuch dürfte der Vorläufer zu einer regelmäßigen Flugverbindung Berlin—Moskau—Peking—Tokio sein.

Ein französischer Generalrat für die Aufgabe von Kolonien. Cabas meldet der Generalrat von Alger habe heute einen Antrag des Senators Regnier angenommen, durch den die Regierung und das Parlament aufgefordert werden, gewisse französische Kolonien aufzugeben, um dadurch die Steuerlast Frankreichs zu erleichtern.

Strafverfahren gegen französische Kommunisten. Gegen zwölf Kommunisten, darunter der Geschäftsführer der „Humanité“, Wellanger, und die Abgeordneten Cahin und Doriot ist wegen eines in der Pariser „Humanité“ auf Veranlassung des Zentralkomitees veröffentlichten Aufrufs gegen den Marokkofriede, in welchem die französischen Soldaten zur Verbrüderung mit den Rifstämmen aufgefordert worden, das Strafverfahren eingeleitet worden.

Luxemburgischer Protest gegen das deutsch-belgische Handelsabkommen. Die luxemburgische Regierung hat, wie Generaldirektor Deder erklärte, in Brüssel dagegen protestiert, daß Belgien das Handelsabkommen mit Deutschland ratifiziert, ohne daß der luxemburgische Weinsbau die in Aussicht gestellte Erleichterung für den Absatz in Deutschland erlangt hätte. Die Regierung plant eine großzügige Diskussion zugunsten der betroffenen Winzer.

Die französischen Beamtengehälter. Das französische Ministerpräsidium veröffentlicht eine Nachricht, in der mitgeteilt wird, daß der Ministerrat am heutigen Dienstag über die Höhe der Beamten- und besonders über die durch die Kundgebungen der Angestellten der Post- und Telegraphenämter geschaffenen Lage beraten wird. Die Beamten sind davon in Kenntnis gesetzt worden, daß ein neuer Versuch, den Dienst zu unterbrechen, disziplinarische Strafen nach sich ziehen würde.

Die Tochter Lord Curzons Kandidatin der engl. Arbeiterpartei. Die Tochter des verstorbenen Lord Curzon, Lady Cynthia Roske wurde Montag abend einstimmig zur künftigen Kandidatin der Arbeiterpartei für den Wahlkreis Stoke ernannt. In einer Rede an die Arbeitervertreter sagte Lady Cynthia u. a., sie nehme das gesamte Programm der sozialistischen Partei an. Die Bergbauindustrie sei reif für die Nationalisierung.

Entdeckung eines Goldfelds in Italien. Die römischen Blätter melden aus Ballanza, daß in der dortigen Gegend ein reiches Goldfeld entdeckt wurde, das auf ungefähr 200 Millionen Lire geschätzt wird. Das Verhältnis ist 4 Gramm Gold in einer Tonne Gestein.

Eine neue Form der Alkohol- und Tabaksteuer. Der mexikanische Staat Tabasco hat ein Gesetz angenommen, wonach alle diejenigen einer besonderen Abgabe unterliegen, die in der Öffentlichkeit rauchen, oder sich in angetrunkenem Zustande in der Öffentlichkeit zeigen. Der Ertrag soll zur Bekämpfung der Heuschreckeneplage verwendet werden.

Die Ursachen der Sphenandakatastrophe. Nach einer New Yorker Meldung wurde bei der amtlichen Untersuchung der Ursachen der Sphenandakatastrophe erklärt, aus dem Zeugnis der 28 Überlebenden gehe hervor, daß der Wunsch, das teure Helium zu bewahren, die Veranlassung zur Entförmung von 10 der 18 Sicherheitsventile gewesen sei. Als das Luftschiff durch eine vertikale Luftströmung auf 6000 Fuß Höhe hinaufgerissen worden war und der Befehl gegeben wurde, die Ventile zu öffnen, sei durch den ungeheuer gemachten Gasdruck das Luftschiff in dem Stahlgerippe gesprengt worden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsauschuss nahm am gestrigen Dienstag nachmittag seine Beratungen wieder auf. Zunächst wurde der Bericht über die Rechnungsnachweisungen der Jahre 1921/22 entgegen genommen. Es handelt sich um die Hauptstaatsrechnungen mit den zugehörigen Betriebsfondsabstellungen, ferner um die Rechnungsergebnisse der Amortisationskasse und des Domänenhaushalts, des Murgwerks für die Zeit vom 1. April bis 15. Juli 1921. Die Zahlen sind gefolgt dem durch die Inflation, schließen also die Möglichkeit einer sicheren Vergleichung aus. Es haben sich bei der Nachprüfung keine Beanstandungen ergeben. Den Nachweisungen liegt ein Bericht des Rechnungshofs bei über dessen umfangreiche Tätigkeit.

Der Berichterstatter beantragt, wie in dem Bericht des „Bad. Beob.“ mitgeteilt wird, die Rechnungsnachweisungen und den Bericht des Rechnungshofs dem Landtag zur Kenntnisnahme zu übergeben. Es entspann sich dann eine lebhaft ausgeführte Aussprache über die Frage, inwiefern der Staat bei Gesellschaftsbetrieben das Recht einer Kontrolle ausüben könne und dürfe. Man unterschied dabei solche Betriebe, deren Aktien etc. sämtlich in den Händen des Staates sind und die sozialdemokratische Seite wurden starke Zweifel darüber laut, daß der Rechnungshof über eine genügende Zahl von sachmännisch vorgebildeten Beamten verfüge, die insdane wären, Betriebe, wie etwa das Badenwerk, in ihrer Rechnungsführung sachverständig nachzurufen. Andererseits müsse eine Prüfung unbedingt stattfinden. Von seiten des Zentrums wurden diese Zweifel als nicht begründet zurückgewiesen. Der Vertreter der Regierung führte aus, daß allerdings über den Umfang der vom Rechnungshof vorzunehmenden Prüfungen Meinungsverschiedenheiten beständen; es werde aber ein Weg gesucht, der sowohl den Bedürfnissen der Staatsverwaltung und der Verantwortlichkeit des Landtags als auch der freien Entwicklung gesellschaftlicher Betriebe gerecht werde. Im Anschluß an die Berichterstatterung wurde ein Antrag Dr. Mattes behandelt, der wünscht, die Regierung möge dem Landtag eine vergleichende Darstellung der Jahre 1913 und 1925 nach den Staatsvoranschlägen vorlegen.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag damit, daß die Steuerlasten andauernd stiegen und daß durch die Inflations-eris früherer Jahre keine Klarheit darüber zu erhalten sei, welches die treibenden Ursachen der Erhöhung des Staatsbedarfs wären. Manche Petitionen wären vielleicht nicht an den Landtag gekommen, wenn die Öffentlichkeit über den Finanzbedarf des Staates besser unterrichtet wäre.

Von demokratischer Seite wurde der Antrag als nicht be- denklich bezeichnet. Der Redner war nur der Meinung, daß die Staatsvoranschläge von 21/22 nicht genommen werden könnten, sondern etwa die Rechnungsergebnisse vom Jahre 1918 und 1925. Ein Zentrumsredner ist der Ansicht, daß der Grundgedanke des Antrags richtig sei. Es wäre aber doch vielleicht noch manches Moment zu berücksichtigen. Der Regierungsbereiter bestätigte das durchaus. Die Regierung habe in einzelnen Fällen schon Verpflichtungen ausgeführt; aber solche Nachweisungen vergleichender Art gäben keine Aufschlüsse über die steuerlichen Verhältnisse bzw. die steuerliche Belastung. Die Voranschläge 1913 und 1924/25 hätten ganz verschiedene Grundlagen, seien daher nicht vergleichbar; auch habe sich die Organisation (Ministerien) geändert. Zur Zeit könne eine solche Arbeit nicht geleistet werden. Ein Zentrumsredner ist der Ansicht, es müsse vor allem nachzuweisen sein, wie hoch die Gesamtbelastung des Volkes sei. Vor dem Rechnungsabluß des Jahres 1925 könnten sichere Grundlagen — und nur solche seien wertvoll — nicht gefunden werden. In dieser veränderten Form könne das Zentrum dem Antrag zu. Der Antragsteller war damit einverstanden. Ein demokratischer Redner fügt dem Antrag hinzu: unter Anschluß in Darstellung des Aufkommens der Reichs- steuern. Ein Zentrumsredner möchte auch die Gemeindef- steuern bei der Darstellung aufgeführt sehen. Schließlich nahm man einstimmig den abgeänderten Antrag an. Eine Vergleichung, die sich auch auf die Gemeindesteuer beziehe, wurde wohl als wünschenswert erachtet, aber als nicht durch- führbar abgelehnt.

Die Elektrifikation

der Bahn Basel—Frankfurt a. M.

Die Erklärungen des badischen Finanzministers Dr. Köhler über die badische Finanzlage, in denen sich der Minister auch mit der Frage der Elektrifikation der Rheintallinie Basel—Frankfurt a. M. befaßt, hat in der Schweiz lebhaften Widerhall gefunden, insbesondere die Mitteilung des Ministers, daß die Reichsbahn-Gesellschaft die ersten Arbeiten für die Elektrifikation dieser Strecke bereits in das Bau- programm für das nächste Jahr aufgenommen habe. In den Äußerungen der schweizerischen Presse wird darauf hinge- wiesen, daß damit die eifrigen Bemühungen zahlreicher Kreise um die Durchführung dieses Projekts nunmehr er- folgreich gewesen sind. Durch die Elektrifikation könnte aber die Leistungsfähigkeit der Strecke auf das Doppelte gehoben werden, wie es die Erfahrungen mit den elektrifizierten Strecken in der Schweiz ergeben haben. Wesentlicher Wider- stand hat sich gegen den Plan der Elektrifizierung über- haupt nicht geltend gemacht, zumal in der Zeit guter Wasser- führung des Rheins ein Niederdruckwerk am Rhein den Strom liefern könnte, während in Zeiten ungünstiger Wasserstände durch ein Hochdruckwerk mit einem großen Akkumulierbehälter im Schwarzwald (Schlachsee) der Aus- gleich geschaffen würde.

Badischer Sparfassen- und Giroverband

Am Montag, den 21. ds. Mts. fand in Baden-Baden unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden, I. Bürgermeister Ritter aus Mannheim, die V. Verbandssammlung des Badischen Sparfassen- und Giroverbandes statt.

In dem einleitenden Vortrag führte der Vorsitzende unter anderem aus, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Lage von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in der letzten Zeit in bedrohlicher Weise auch auf kreditgebende Ge- sellschaften, insbesondere auch auf Sparfassen und die Giro- zentralen als deren Anlaufstellen ausgewirkt hat. Den ursächlichen Zusammenhang kennzeichnen zwei Worte: Kreditnot und Liquiditätsnot. Er sei bald 4 Jahrzehnte im Dienste der Finanzverwaltung, aber er erinnere sich nicht an eine Zeit, in der auf der einen Seite der Kreditnotiger so groß war und andererseits in der Befriedigung des Kreditbedürfnisses der Geldmarkt so sehr verlagte, wie gegenwärtig. Die Reichsbank habe in dem berechtigten Bestreben, die Beständig- keit der neuen Währung unter allen Umständen zu erhalten, das Wechselkurskontingent stark abgedrosselt. In der Hauptsache seien aber die aus der Kreditnot sich ergebenden Erscheinungen darauf zurückzuführen, daß eben seit der Befestigung unserer Mark die Verarmung des Volkes sich in steigendem Maße fühlbar mache. Die von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft gegenüber der hohen Steuerbe- lastung vorgebrachten Klagen, man lebe von der Substanz, entsprachen leider vielfach der Wirklichkeit. Der Prozeß der Kapitalaufzehrung geht dabei nicht in der Weise vor sich, daß etwa Diebstahlbestrebungen oder Einrichtungsgegenstände, wie Maschinen, veräußert werden, um mit dem Erlös die laufen- den Ausgaben zu decken, es wird vielmehr das früher reichlich vorhandene Betriebskapital verbraucht. Große Unternehmungen, aber auch Kleingewerbetreibende waren früher genötigt,

Badisches Landestheater

Der Freischaus

Anlaß zu einigen kritischen Bemerkungen bot diese (dritte) Freischaus-Aufführung durch die Direktion Alfons Richter's, der als neuer zweiter Kapellmeister damit erstmals sich dem tiefsten Publikum vorstellte. Will man in großen Umrissen das wichtigste des Abends festhalten, so ist zunächst zu sagen, daß gegenüber dem durch Ferdinand Wagner in unerwid- lichen Proben erreichten hohen Niveau der Reueinstellung kein wesentlicher Unterschied bestand. Vielmehr gab es nicht überall den damals so nachahmlich wirkenden Gegensatz zwischen den kolossalsten Steigerungen im Wesen und den visionären Entspannungen bis zum zartesten Pianissimo der Streicher, im ganzen war aber auch Alfons Richter ein überzeugender Interpret, dabei charaktertreu und musikalisch fast ebenso gewissenhaft wie der neue Generalintendant selbst — ohne jede krampfhaftige Neuerungsbemühung, die allerdings den trefflichen Gesamteindruck nur hätte aufheben können. So lernten wir in Alfons Richter einen außerordentlich empfind- samen Musiker kennen, dessen technisches Können augen- scheinlich auch den gestellten Anforderungen voll und ganz entspricht. Symptomatisch berühren vor allem das leichte Handgelenk sowie die klare Zeichnung und sichere Be- wegung in seiner Direktion. Man würde sich freuen, bald einmal ein von ihm selbst aus- und abgefeiltes Orchester zu hören. Am Schluß der leider nur mittelmäßig befundenen Aufführung gab es starken, wiederum wohlverdienten Bei- fall für alle Mitwirkenden. D. Sch.

Coriolis Generalmusikdirektor der Breslauer Oper. Der Generalintendant der Breslauer Stadoper, Professor Turnau, der früher in Karlsruhe und dann in Wien Oberregisseur war, hat wie Berliner Blätter melden, als obersten musi- kalischen Leiter des Stadt-Theaters den langjährigen ersten Kapellmeister unseres badischen Landestheaters, Coriolis, berufen. Nach dem Scheiden Julius Füllers aus Breslau hatte der bisherige Intendant Netjen auch die musikalische Oberleitung persönlich in Händen gehabt. Mit seinem Weg- gang ergab sich nunmehr die Notwendigkeit, die Stelle eines Generalmusikdirektors neu zu besetzen.

sich mit Kohlen, Materialien, Halbfabrikaten auf Monate hinaus einzudecken. Schon lange ist man davon abgekommen, noch große Vorräte auf Lager zu halten oder Fabrikate ohne direkte Bestellung herzustellen. Aberall fehlen die erforderlichen Betriebsmittel. Es ist so weit gekommen, daß große an sich noch leistungsfähige Industrien hunderte von Arbeiter entlassen mußten, nicht weil es etwa an Aufträgen und an Gelegenheit zur Beschäftigung gefehlt hätte, sondern weil das erforderliche Geld nicht aufzubringen ist, um die zur Fabrikation erforderlichen Rohmaterialien beschaffen und die Löhne vorläufig bestreiten zu können. Deutlich zeigt sich so, daß ein Kreditvakuum vorhanden ist für die Zeit von Beginn des Fabrikationsprozesses bis zum Verkauf der Ware und Eingang des Erlöses. Schätzt man diese Spanne Zeit nur auf etwa 3 Monate, so ergibt sich, daß der Kreditbedarf etwa einem Viertel der gesamten Jahresproduktion entspricht; das ist eine gewaltige Summe, die in die vielen Milliarden geht und der gegenüber die vom Reich und den Ländern für Landwirtschaft und Mittelstand gewährten Notstands-kredite einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten.

Wenn nun gegenüber dieser Kreditnot die Spar-kassen sich verhalten ließen, von dem früher geübten Grund-satz über die Erhaltung der Liquidität abzuweichen und einen großen Teil ihrer Bestände in zwar kurzfristigen aber nicht flüssigen Kreditbeträgen angelagt, damit aber auch eine Reihe von Erträgen über Wasser gehalten haben, so darf man hierwegen gerechterweise einen Vorwurf nicht erheben. Ganz erklärlich ist auch, daß sich die Sparkassen nicht auf die meist noch spärlichen eigenen Mittel beschränken, sondern bestrebt waren, zur Deckung des dringenden örtlichen Kreditbedürfnisses auch fremde Gelder heranzuziehen und zu diesem Zweck die Girozentralen als ihre Bankanstalten teils durch feste Darlehen teils auf dem bequemeren, vielfach aber mißbräuchlich ausgenutzten Weg der Kontenüberziehung in Anspruch nahmen. So war es nicht nur bei uns in Baden, sondern auch im Gebiet der übrigen Verbände. Dies ging so lange, als die Girozentralen noch in der Lage waren, selbst wieder durch Aufnahme von Monatsgeldern die erforderlichen Mittel zu beschaffen. Bis vorletzten Ultimo waren die Spar-kassen trotz aller Warnungen so sehr ins Debet gekommen, daß die Girozentralen nicht mehr aus eigener Kraft eine ausreichende Deckung zu beschaffen vermochten und anzwungen waren, mit ganz erheblichen Summen auf die Deutsche Girozentrale zurückzugreifen, dadurch scholl bei dem Zentral-institut in Berlin die zu bedenkende Summe so hoch an, daß es nicht leicht war die Ultimo-Ausgleichung durchzuführen. So sehr man sich auch freuen mag, daß unser Zentralinstitut die Kraftprobe so gut bestanden hat und den Girozentralen und Sparkassen in so enormem Umfang Hilfe leisten konnte, so darf man sich aber nicht im Zweifel sein über den Ernst der Lage. Die nunmehr folgende ist: Neue Kredite sollen vor-erst, natürlich nur in dringenden Ausnahmefällen abgesehen, nicht gewährt und die schon eingeräumten müssen zum Teil abgebaut werden. Pflicht der Sparkassen ist es dabei, nicht nur die durch den Abbau der Kredite zurückfließenden Mittel sondern auch die neu zugehenden Sparkasseneinlagen zur Deckung der Debetbeträge bei ihrer Girozentrale und zur Ansammlung einer ausreichenden Liquiditätsreserve zu verwenden.

Wenn nach diesem Rezept verfahren wird, muß die Gesundung bald wieder eintreten, denn im allgemeinen war der Rückgang an Sparanlagen ein betrüblicher. So betrugen die Einlagen der badischen Sparkassen auf 1. Januar 1925 wieder 42 Millionen und sie stiegen bis 1. Juli 1925 auf 77 Millionen, immerhin noch eine beachtende Summe gegenüber dem Stande der Vorkriegszeit. Die Gesamteinlagen der badischen Sparkassen hatten auf 1. Januar 1914 nahezu eine

Milliarde erreicht. Wir wollen hoffen, daß das Vertrauen zu den Sparkassen, das bei dem größten Teil der Bevölkerung zurückgekehrt ist, sich noch vertiefen und in einer entsprechenden Steigerung des Einlageaufwärtiges sich auswirken wird.

Neben den Referaten des Geschäftsführers des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes über den Wiederaufbau der Sparkassen und des Verbandssyndikus Schmeißer über das Aufwärtigungsgesetz waren besonders interessant Ausführungen des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Geheimrat Dr. Kleiner-Berlin über den Verlauf des Bankerlases, über die Aufgaben und Ziele der Sparkassen und der Giroorganisation. Er schloß seinen Vortrag mit folgender These: „Private und öffentliche Banken sowie die Sparkassen sind darauf angewiesen, in positiver Zusammenarbeit zum Wohl und Besten der Gesamtwirtschaft nebeneinander zu wirken und in edlem Wettbewerb alle ihre Kräfte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes einzusetzen“.

Aus den Parteien

Der „bisherige Geschäftsführer und Redakteur der „Badischen Volkszeitung“ in Waldkirch, Dr. Wühl, scheidet dieser Tage aus dem Verlag der „Badischen Volkszeitung“ aus, um in Karlsruhe die neu gegründete „Badische Central-Anstalt“ herauszugeben.

Der Landesparteitag der Deutschen Nationalen findet am 26. und 27. September in Mannheim statt. Am Sonntag, den 27. September, nachmittags, ist eine öffentliche Versammlung vorgesehen, in der nach einer Ansprache des Landesvorsitzen- den, Abg. Geh. Richterrat Mayer, Reichstags- und Landtags- abgeordneter Schläpfer-Schönungen, frech wird. An zweiter Stelle spricht die Reichstagsabgeordnete Frau Studiendirektor Scheibel aus Berlin.

Aus der Landeshauptstadt

Bei der Beeridigung des Ministerial-Direktors a. D. Staatsrat Dr. Kühn, die gestern Dienstag mittag auf dem hiesigen Friedhof stattfand, sprach Ministerialrat Dr. Schef-felmeier im Namen der früheren Mitarbeiter des vormaligen Auswärtigen Ministeriums einige Worte des Dankes und treuen Gedenkens, wobei er besonders der schönen mensch- lichen Eigenschaften des Verstorbenen gedachte. Im Namen des Staatsministeriums und im Auftrag des dienstlich ver- binderten Staatspräsidenten legte Ministerialrat Frech einen Kranz mit der Schleife in den Landesfarben nieder.

Jubiläum. Heute kann Direktor Wilhelm Altt der hiesigen Vereinsbank auf sein 25-jähriges Jubiläum als Vor- standsmittglied dieser Genossenschaft zurückblicken. Schon vorher war er elf Jahre bei dieser Bank tätig, bei der er 1889 als Lehrling eingetreten war.

60. Geburtstag. Ein in weiten Kreisen hochgeschätzter Karlsruher Künstler, Bildhauer Wilhelm Sauer, feierte am Dienstag seinen 60. Geburtstag. Zahlreiche Bildwerke seiner Hand in Karlsruhe und auswärtigen Orten legen bereites Zeugnis ab von der Künstlerschaft des Meisters.

Letzte Frist für die alten Rentenbankfünftiger. Die alten Rentenbankfünftiger zu 50 Rentenmark mit Ausgabedatum 1. November 1923, die inzwischen ihre Eigenschaft als öffent- liches Zahlungsmittel verloren haben, können noch bis zum 30. September ds. Js. bei den Kassen der Reichsbank um- getauscht werden. Nach diesem Termin sind die Scheine wertlos und es findet ein Umtausch nicht mehr statt.

Bestpreisermäßigung. Nach dem Vorbilde des hiesigen Lebensbedürfnisvereins hat jetzt auch die hiesige Freie Bäckervereinigung eine Ermäßigung des Kornbrotpreises eintreten lassen und zwar beim Dreipfundbrot von 60 auf 57 und beim 1 1/2 Pfundbrot von 30 auf 29 Pfennige.

Prof. Adolf Busch, Deutschlands größter Geiger, spielt heute, Mittwoch, den 23. September, abends 7 1/2 Uhr im Eintrachtssaal in Gemeinschaft mit seinem congenialen Ma- vierpartner Rudolf Serkin im ersten Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Reufeldt. Das Programm müßte in- sofern geändert werden, als die Aufführung des Brahms- schen Horntrios infolge Mangels an Probezeit an diesem Abend noch nicht stattfinden kann. An seine Stelle tritt die ebenso bedeutende Violinsonate in G-dur von Brahms. Die beiden anderen Programmnummern: die G-dur-Sonate von Bach und die Kreuzer-Sonate von Beethoven bleiben be- stehen. Es sei hiermit nochmals ausdrücklich betont, daß noch Karten in allen Preislagen nicht nur im Vorverkauf Wald- straße 39, sondern auch an der Abendkasse ab 7 Uhr zu haben sind.

Badisches Landestheater. Heute abend um 7 1/2 Uhr findet die erste Wiederholung der neu einstudierten komischen Oper „Don Pasquale“ von Donizetti in der Besetzung der Erst- aufführung statt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Die durch Hochdruck im Südoften und Tiefdruck im Nordwesten bedingte Föhn- lage verzögerte heute morgen den Eintritt ergiebiger Regen- fälle. Regen wird jedoch bald in den Bereich kalter Nord- winde auf der Rückseite der nördlichen Föhnklone gelangen, wodurch Abkühlung verbunden mit Regenfällen eintritt wird. Voraussage für Donnerstag: etwas kühler, meist ver- wölkt, weitere Regenfälle.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.R. Freiburg i. Br. Es bestätigt sich, daß die Staats- anwaltschaft Freiburg gegen den bei dem Abflug eines fran- zösischen Flugzeuges im Höllental verunglückten französischen Flieger Coste einen Strafbefehl in Höhe von 5000 RM. er- lassen hat. Coste hat hiergegen Einspruch erhoben, so daß die Angelegenheit anfangs der nächsten Woche vor dem hie- sigen Schöffengericht zur Verhandlung kommen wird. Coste, dessen Verletzungen nahezu ausgeheilt sind, befindet sich ge- genwärtig noch in der Krankenabteilung des Freiburger Lan- desgefängnisses. Er kann Besuche empfangen und Korrespon- denzen erliegen unter Beobachtung der üblichen Vorschriften.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

| | | 23. Sept. | | 22. Sept. | |
|------------|---------------|-----------|--------|-----------|--------|
| | | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam | 100 G. | 168.57 | 168.99 | 168.57 | 168.99 |
| Kopenhagen | 100 Kr. | 101.57 | 101.83 | 102.57 | 102.83 |
| Italien | 100 L. | 17.10 | 17.14 | 17.10 | 17.14 |
| London | 1 Pf. | 20.334 | 20.374 | 20.328 | 20.378 |
| New York | 1 D. | 4.19 | 4.21 | 4.19 | 4.21 |
| Paris | 100 Fr. | 19.87 | 19.91 | 19.88 | 19.92 |
| Schweiz | 100 Fr. | 80.96 | 81.16 | 80.95 | 81.15 |
| Wien | 100 Schilling | 59.09 | 59.23 | 59.09 | 59.23 |
| Wrag | 100 Kr. | 12.432 | 12.472 | 12.432 | 12.472 |

Zuteilung überall 100 Prozent

Wijnand Fockink
LIKÖRE
Weltberühmt seit 1679
AMSTERDAM KÖLN

Gestern verschied im Alter von 76 Jahren unser früherer Kollege
Baurat Paul Straube
Professor an der ehemaligen Baugewerkeschule Karlsruhe
Er gehörte der Anstalt vom Jahre 1896 bis Ende 1918 als Lehrer des Maschinenbaues an.
Wir empfinden den Verlust dieses an Gaben des Geistes und Gemütes gleich ausgezeichneten Kollegen und Freundes als eine sehr schmerzliche Fügung. Sein klar ge- prägter Charakter und zielbewußter Wille, sein reiches Wissen und Können, sein weit- ausschauernder Blick in allen Fragen des Lehrberufs sowie des praktischen Lebens, sein freundliches Wesen und warmes Emp- finden werden in uns hohe Verehrung für ihn und treues Gedenken jederzeit wach- halten. Ebenso wird er als erfolgreicher Lehrer im Gedächtnis vieler einstiger Schüler unserer Anstalt fortleben.
Karlsruhe, den 23. September 1925.

Das Lehrerkollegium
des Bad. Staatstechnikums

Detektiv-Institut
Privat- Auskünfte
Rargus
Mannheim
O. 6. 6.
Planken B. 47
Fernspr. 3505
R. Maier & Co., G. m. b. H.

Auspolieren
von Matratzen und
Divans etc. sowie Neuau-
fertigung besorgt recht u.
billig
Albert Ernst, Tapezier
Steinstraße 21.

BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND
IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G. M. B. H.
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TAGL. GEÖFFNET
VON 8 1/2-12 1/2 UND 2-6 1/2 UHR

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
A. 875. Durlach. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Friedr. Geel in Durlach ist Termin zur Vornahme einer Gläubiger- versammlung zur Beschluß- fassung über die Veräuße- rung des Hauses Geel- gerstraße 36 in Durlach und zur Prüfung der nach- träglich angemeldeten For- derungen bestimmt auf Freitag, 2. Oktober 1925,

vormittags 9 Uhr, Zimmer Nr. 28.
Durlach, 22. Sept. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
Güterrechtsregister.
Baden. A. 850
Güterrechtsregister ein-
trag Bd. I S. 96 — Blum Jakob, Kaufmann in Baden-Baden und Ranette geb. Gerste. — Vertrag vom 31. August 1925 Er- waltungsgemeinschaft. Verbaltsgut der Frau ist das in § 2 des Ver- trags bezeichnete Ein- bringen derselben, sowie

was dieselbe aus der Erb- schaft auf Ableben ihrer Eltern Leopold Gerste und Mina Gerste geb. Gerste erhält.
Baden, 11. Sept. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
Kadolfzell. A. 862
Güterrechtsregister ein-
trag Bd. III Seite 163: Böhrer, Fridolin, Fischer in Ohningen, und Juliane geb. Mahler Vertrag vom 29. August 1925: Güter- trennung.
Kadolfzell, 18. Sept. 1925.
Bad. Amtsgericht.

Staats-Lotterie
Die Ziehung I. Klasse der
26./252. Preuß.-Südd. Klassenlotterie
findet am **16. und 17. Oktober ds. Js.** statt.
Für die Teilnehmer der vergangenen Lotterie bleiben die alten Stamm-Nummern auch für die neue Lotterie reserviert und bitte solche bis An- fang Oktober in Empfang nehmen zu wollen.
Für neu hinzukommende Spieler wurden mir eine Anzahl Lose neu zugeteilt, welche zum amtlichen Preis von **3.—, 6.—, 12.—** oder **24.—** Mk. pro Klasse abgebe.
Nach auswärts Versand in geschlossenem Brief.
Badischer Lotterie-Einnehmer.
Bernhard Goldfarb
Kaiserstraße 181, Ecke Herrenstraße
(im Laden der Herrenmoden-Firma **Josef Goldfarb**) E. 742
Postcheckkonto Karlsruhe 19705

Harmonium
2 Reg. . Mark 238.—
9 Reg. . Mark 297.—
13 Reg. . Mark 411.—
K. Franklieferung 948
LANG
Kaiserstr. 167 | Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Badisches Landestheater
Donnerstag, 24. Septemb. 1925
C. 3. Th.-Gem. 1001—1100
Sabale und Liebe
Ein bürgerliches Trauerspiel in fünf Akten von Fr. Schiller
In Szene gef. v. U. v. d. Trend
Personen:
Präsident
Ferdinand
von Kalb
Lady Milford
Wurm
Miller
Seine Frau
Luise
Anfang 7
Sperrst. I R. 5.20
Bed
Leigeb
Höder
Emarib
Dahler
Herz
Noorman
Scheinpflug
Ende nach 10

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 38

Druck: erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Pfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Pfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B., Karlsruherstraße 14, bezogen werden.

23. September 1925

Besprechung der Beamten-Spitzenorganisationen beim Reichsfinanzminister

Auf die Eingabe der Beamten-Spitzenorganisationen an den Reichsminister der Finanzen vom 10. September hat der Minister sich mit Schreiben vom 14. September bereiterklärt, die Vertreter der Organisationen zu einer Besprechung über die in der Eingabe erwähnten Fragen persönlich zu empfangen. Die Besprechung soll heute Mittwoch, 23. September, nachmittags 4 Uhr, stattfinden.

Der Steuerabzug

Nach den am 1. Oktober 1925 in Kraft tretenden Vorschriften

Durch das neue Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 ist der Steuerabzug vom Arbeitslohn wieder anders geregelt worden. Da bei den für den Monat Oktober 1925 erfolgenden, Ende September bereits zu bewirkenden Gehaltszahlungen der Steuerabzug schon nach den neuen Bestimmungen vorgenommen werden muß, empfiehlt es sich, sich alsbald mit den Neuerungen bekannt zu machen.

Wie bisher ist daran festgehalten, daß der Abzug 10 v. H. das um einen gewissen Betrag gekürzten Einkommens ausmacht. Die Kürzung besteht in zwei Teilen, nämlich in dem sogenannten steuerfreien Lohnbetrag (wie bisher 80 RM monatlich) und den nach dem Familienstand sich richtenden Ermäßigungen. Da es sich bei den Gehaltszahlungen der Beamten um Zahlungen für volle Monate handelt, so ist die Betrachtung im folgenden stets nur auf Monatsbeträge eingestellt, es sind deshalb die Sätze für Wochen- und Tageszahlungen oder für je 2 angefangene volle Arbeitsstunden hier außer Betracht gelassen. Die Ermäßigungen nach dem Familienstand sollen je 1 v. H. für die Ehefrau und jedes zur Haushaltung des steuerpflichtigen zählende Kind, oder je 10 v. H. das den Betrag von 30 RM monatlich übersteigenden Lohnes aber mindestens ausmachen für die Ehefrau monatlich 10 RM, für das 1. Kind monatlich 10 RM, für das 2. Kind monatlich 20 RM, für das 3. Kind monatlich 40 RM, für das 4. und jedes folgende Kind monatlich 50 RM.

Durch die Verbindung zweier Systeme (der prozentualen Abschläge und der festen Ermäßigungen) soll sowohl den kleineren wie den größeren Lohnsteuerpflichtigen Rechnung getragen werden. Anzuwenden ist jeweils jenes System, das im einzelnenfall für den Steuerpflichtigen in seiner Gesamtheit (insgesamt) günstiger wirkt.

An einigen Beispielen soll dies im Nachstehenden klar gemacht werden.

A. Verheirateter Beamter mit vier Kindern und monatlichem Gehalt von im ganzen 170 RM

| | | | |
|--|----|--------------------------|----------|
| steuerfrei zunächst | 80 | der festen Ermäßigungen: | 170 - 80 |
| verbleiben | 90 | 10 (die Ehefrau) | 160 |
| Die Familien-Ermäßigung berechnet sich bei Anwendung der prozentualen Abschläge: | | 10 (das 1. Kind) | 150 |
| 170 - 80 = 90, - RM | | 40 (" " 2. ") | 110 |
| 5 x 10 v. H. aus 90 = 45, - | | 50 (" " 4. ") | 60 |
| | | 170 - 210 also nichts | |
| hier von 10 v. H. = 4,50 | | | |

B. Verheirateter Beamter mit zwei Kindern und dem gleichen Einkommen wie oben (170 RM)

C. Verheirateter Beamter mit vier Kindern und Monatsgehalt von 425 RM

Eine tabellarische Übersicht über die Höhe der Steuerabzüge für eine Reihe von Einkommensbeträgen ist im Folgenden beigegeben.

Vergleicht man die Ergebnisse der neuen, ab 1. Oktober gültigen Steuerabzugsberechnung mit der Regelung, wie sie seit 1. Juni d. Js. getroffen war, so ergibt sich, auf die oben erwähnten Beispiele angewendet, folgendes Bild:

| | | |
|------------|------------------------|-------------------|
| | bisheriger Steuerabzug | neuer Steuerabzug |
| Beispiel A | 1,80 RM | — RM |
| " B | 3,60 " | 5, - " |
| " C | 10,35 " | 17,25 " |

Die gegen früher anders ausfallende Berechnung veranschaulicht sich noch, je höher die Einkommen ansteigen. Auf den ersten Blick scheint hierin eine Verschlechterung zu liegen. Dies trifft aber nur absolut auf die Regelung des Steuerabzugs ab 1. Juni 1925 angewendet zu. Diese Regelung war nämlich keine gerechte, denn sie begünstigte die höheren Einkommen ungehörig, wie folgende Aufstellung zeigt.

Ein verheirateter Beamter mit vier Kindern und einem Monatsgehalt von 260 RM genöß folgende Steuerermäßigung: allgemeiner Freibetrag 80 RM, dem Steuerabzug noch unterworfen 180 RM

für die Ehefrau Ermäßigung des Steuerjahres 1 v. H.
" das 1. Kind " " " 10 " "
" " 2. " " " " 20 " "
" " 3. " " " " 40 " "
" " 4. " " " " 50 " "

demnach Steuerabzug (10 - 7) = 3 v. H. aus 180 RM = 5,40 RM also prozentuale Ermäßigung: 12,60 RM bei einem Monatsgehalt von 600 RM, dagegen beträgt der dem Steuerabzug unterworfenen Betrag 600 RM, wovon der Steuerabzug ebenfalls 3 v. H., also 18 RM ausmacht. Die prozentuale Ermäßigung beträgt hiernach 42 RM.

Der Steuerpflichtige mit dem größeren Einkommen verdient aber bei gleichbleibendem Familienstand nicht steuerlich größere Entlastung als der mit bedeutend geringeren Einkommen.

| Monatsgehalt | Verheiratet mit Kindern | | | | |
|--------------|-------------------------|-------|-------|-------|-------|
| | ledig | 0 | 1 | 2 | 3 |
| 150 | 7, - | 6, - | 5, - | 3, - | — |
| 160 | 8, - | 7, - | 6, - | 4, - | — |
| 170 | 9, - | 8, - | 7, - | 5, - | 1, - |
| 180 | 10, - | 9, - | 8, - | 6, - | 2, - |
| 190 | 11, - | 9,90 | 8,80 | 7, - | 3, - |
| 200 | 12, - | 10,80 | 9,60 | 8, - | 4, - |
| 210 | 13, - | 11,70 | 10,40 | 9, - | 5, - |
| 220 | 14, - | 12,60 | 11,20 | 9,80 | 6, - |
| 230 | 15, - | 13,50 | 12, - | 10,50 | 7, - |
| 240 | 16, - | 14,40 | 12,80 | 11,20 | 8, - |
| 250 | 17, - | 15,30 | 13,60 | 11,90 | 9, - |
| 260 | 18, - | 16,20 | 14,40 | 12,60 | 10, - |
| 270 | 19, - | 17,10 | 15,20 | 13,30 | 11, - |
| 280 | 20, - | 18, - | 16, - | 14, - | 12, - |
| 300 | 22, - | 19,80 | 17,60 | 15,40 | 13,20 |
| 320 | 24, - | 21,60 | 19,20 | 16,80 | 14,40 |
| 340 | 26, - | 23,40 | 20,80 | 18,20 | 15,60 |
| 360 | 28, - | 25,20 | 22,40 | 19,60 | 16,80 |
| 380 | 30, - | 27, - | 24, - | 21, - | 18, - |
| 400 | 32, - | 28,80 | 25,60 | 22,40 | 19,20 |
| 425 | 34,50 | 31,05 | 27,60 | 24,15 | 20,70 |
| 430 | 35, - | 31,50 | 28, - | 24,50 | 21, - |
| 440 | 36, - | 32,40 | 28,80 | 25,20 | 21,60 |
| 450 | 37, - | 33,30 | 29,60 | 25,90 | 22,20 |
| 500 | 42, - | 37,80 | 33,60 | 29,40 | 25,20 |
| 600 | 52, - | 46,80 | 41,60 | 36,40 | 31,20 |
| 700 | 62, - | 55,80 | 49,60 | 43,40 | 37,20 |
| 800 | 72, - | 64,80 | 57,60 | 50,40 | 43,20 |
| 900 | 82, - | 73,80 | 65,60 | 57,40 | 49,20 |
| 1000 | 92, - | 82,80 | 73,60 | 64,40 | 55,20 |

Bücheranzeigen

Die „Wirtschaftstabelle mit Indizes der Frankfurter Zeitung“, Heft III, Jahrgang 1925. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M., Einzelheft M. 2, Jahres-Abonnementspreis M. 7, -.

Die „Wirtschaftstabelle“ (Fachschrift für das gesamte Bauingenieurwesen, Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin) bringt in ihren Heften 37 u. 38 zwei Aufsätze über Schiffsbewertung von Prof. Dr. Ing. Arell-Verlin und Regierungs- und Baurat Sperling-Künster, nachdem schon in Heft 30 des gleichen Blattes Oberbaurat Seebell in seinem Bericht von der Verkehrs-Ausstellung in München den vom Ministerium eigens ausgearbeiteten Entwurf eines Schiffsbewertungsfür Niederfler- und in Heft 35 Geheimrat Gontag das von der Fa. Röhne-Dortmund hergestellte Modell eines Schiffsbewertungsfür Trodenförderung eingehend besprochen hatten. Arell bezieht die Lösung, die eigentlich eines Wettbewerbss in der Zusammenarbeit der Gutehoffnungshütte, der Siemens-Schuckert-Werke, der Demag und der Dürkopp & Widmann A. B. mit Baurat Hoeder-Wiesbaden im Jahre 1913 für das bereits erwähnte Schiffsbewertungsfür Niederfler- und in Heft 35 Geheimrat Gontag das von der Fa. Röhne-Dortmund hergestellte Modell eines Schiffsbewertungsfür Trodenförderung eingehend besprochen hatten. Arell bezieht die Lösung, die eigentlich eines Wettbewerbss in der Zusammenarbeit der Gutehoffnungshütte, der Siemens-Schuckert-Werke, der Demag und der Dürkopp & Widmann A. B. mit Baurat Hoeder-Wiesbaden im Jahre 1913 für das bereits erwähnte Schiffsbewertungsfür Niederfler- und in Heft 35 Geheimrat Gontag das von der Fa. Röhne-Dortmund hergestellte Modell eines Schiffsbewertungsfür Trodenförderung eingehend besprochen hatten.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Nur noch Philippstr. 19
(Keinen Laden mehr)
ist das seit 25 Jahren bestehende

Möbel- u. Betten-Haus Heinrich Karrer

Straßenbahnlinie 1 und 2
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte
Kein Laden — daher billige Preise
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art
Zahlungs-Erleichterung
Bitte genau auf die Firma zu achten

Karlsruhe - Mühlburg

Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.

Versicherungsbestand Herbst 1925:
Mehr als 250 Millionen Mark

TRAUER-HÜTE

in größter Auswahl bei 476
L. PH. WILHELM
Anruf 1609 KARLSRUHE Kaiserstr. 205

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungs-Erleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise

Kunsthandlung Wandschmuck MOOS

für jeden Geschmack
in reichster Auswahl

KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für
TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen 406

A. KIEMLE

Frühlingstraße 13 KARLSRUHE Telefon 2354
Klubmöbel-Fabrik
Spezialität: 469
Klubfauteuils u. Sofas in sämtl. Leder- u. Stoffarten, Schreibstühle und Speisezimmerstühle
Stets Neuheiten. Bequeme Teilzahlung. Eigene Entwürfe

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Stempel-Herdle

Waldstr. 44 KARLSRUHE Telefon 1133
Kautschuk-, Metall- und Signier-
Stempel, Email- u. Metallschilder
Sämtliche Stempelarten
Rascheste Lieferung
Laden: Kaiser-Allee 41. Telefon 3931

G. BRAUN KARLSRUHE

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT

KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 472
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempergiesserei

Druck G. Braun, Karlsruhe.